



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Nr. 302 / 2012

Kiel, Donnerstag, 23. August 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Hochschule / Neuordnung der Lehramtsstudiengänge

Christopher Vogt: Stufenlehrermodell ist völlig kontraproduktiv und schwächt Gymnasien

In seiner Rede zu **TOP 32** (Neuordnung der Lehramtsstudiengänge) erklärt der hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die neue linke Koalition hat in ihrer Koalitionsvereinbarung deutlich gemacht, dass sie die von der CDU/FDP-Koalition eingeleitete Neuordnung der Lehramtsausbildung in der bisher geplanten Form nicht umsetzen wird. Sie möchte stattdessen das Stufenlehrermodell durchsetzen, was meine Fraktion für den Bildungsstandort Schleswig-Holstein für völlig kontraproduktiv hält.

Genau das wird hier auch beabsichtigt. Zwar wird in offiziellen Verlautbarungen stets davon gesprochen, dass das Gymnasium als eigenständige Säule neben der Gemeinschaftsschule stehen soll – durch die Änderung der Lehrerausbildung in Richtung Stufenlehrer tritt aber faktisch eine Schwächung der Gymnasien ein. Indem Sie den Gymnasien ein eigenständiges Lehramt wegnehmen und nur noch nach Sekundarstufe I und II ausbilden wollen, zerstören sie eine qualitativ hochwertige Ausbildung, um über diesen Weg Ihr Langfristziel „Eine Schule für alle“ schrittweise durchzusetzen.

Zum Antrag der CDU: Die FDP-Fraktion sieht diesen Antrag nicht ganz unkritisch. Wir haben auch schon in der vergangenen Legislaturperiode deutlich gemacht, dass wir bei der nicht-gymnasialen Lehrerausbildung einer Lösung, die auf der Grundlage des Staatsexamens gestaltet wird, den Vorzug gegenüber der Einbindung in die Bachelor/Master-Struktur geben.

Dies hat unter anderem finanzpolitische Gründe. Wir haben bereits in der Vergangenheit davor gewarnt, dass bei einer Verlängerung des Studiums auf zehn Semester dem Land finanzielle Mehrverpflichtungen drohen, die nicht abgedeckt sind. Um dies zu vermeiden, halten wir die Rückkehr zum Staatsexamen in der nicht-gymnasialen Lehrerausbildung für sachgerechter.“